Oktober 2020

Neues aus dem Landtag für die Region Landshut

Helmut Radlmeier

FÜR UNS IM LANDTAG

CSU

Thema des Monats:

Radweg von Blumberg nach Ruhmannsdorf wird gebaut

Baubeginn im kommenden Jahr

Adlkofen. „Die Finanzierung des Radweges an der Staatsstraße zwischen Blumberg und Ruhmannsdorf steht!" Das hatte Bayerns Bau- und Verkehrsstaatssekretär Klaus Holetschek (CSU) bei seinem Besuch in Landshut vor kurzem dem Landtagsabgeordneten Helmut Radlmeier (CSU) eröffnet. Radlmeier und Vertreter der Gemeinde Adlkofen hatten seit langem dafür geworben.

Bisher endet der Radweg von Adlkofen aus kommend beim Gasthaus Westermeier in Blumberg. Dort trafen sich nun bei bestem Radlwetter Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier, Bürgermeisterin Rosa-Maria Maurer, 2. Bürgermeister Bernhard Westermeier und Gemeinderat Franz Wippenbeck mit Robert Bayerstorfer, Bereichsleiter Straßenbau im Staatlichen Bauamt Landshut, und Marius Bierlein, der beim Staatlichen Bauamt für Stadt und Landkreis Landshut zuständig ist.

Freistaat übernimmt Baukosten

Für eine Weiterführung des Radweges nach Ruhmannsdorf hatten sich die Gemeinde und Radlmeier seit Jahren eingesetzt. Eine Realisierung war aber lange nicht möglich, wie Robert Bayerstorfer vom Staatlichen Bauamt erläuterte: „Aufgrund der im Vergleich niedrigeren Verkehrszahlen hatten andere Radwege Priorität. Deshalb geht mein großer Dank an die Gemeinde, die nicht nur die bisherige Planung, sondern auch den Erwerb der Flächen übernommen hat. Dank der jetzt erfolgten Finanzierungszusage aus dem Bauministerium können wir nun im kommenden Jahr mit dem Bau des Geh- und Radweges anfangen. Die Baukosten von ca. 1,3 Millionen Euro, so eine erste, grobe Schätzung, für die 2,5 Kilometer trägt der Freistaat."

„Der Wunsch nach einem Radweg war eines der ersten Anliegen, die an mich als neuer Landtagsabgeordneter herangetragen wurden", erinnerte sich Radlmeier. „Die Gemeinderäte Bernhard Westermeier und Franz Wippenbeck waren seinerzeit die ersten, die das Anliegen an mich herangetragen haben. Zusammen mit Bürgermeisterin Rosa-Maria Maurer haben wir Jahr für Jahr versucht, weiterzukommen. Dass das gute Zusammenspiel jetzt erfolgreich war, ist nach der langen Zeit umso schöner. Der Geh- und Radweg wird eine gute Geschichte für Adlkofen", freute sich der Abgeordnete.

Vorleistungen der Gemeinde

„Seit 2014 beschäftigt uns das Projekt. Es war ein langes Hin und Her. Oft mussten wir umplanen, weil etwa ein Grundstück nicht verfügbar war oder aufgrund der Verkehrssicherheit", blickte Bürgermeisterin Maurer zurück. Die Gemeinde konnte sich nun alle benötigten Grundstücke sichern. Dann ging alles ganz schnell: „Ich bin sehr glücklich, dass die Finanzierungszusage jetzt so rasch eingetroffen ist. Das übertrifft meine Erwartungen. Ich danke dem Abgeordneten Radlmeier für seine Unterstützung", so Maurer. „Es war ein gutes Miteinander mit Straßenbauverwaltung, Bauministerium und der Gemeinde, die vor Ort in Vorleistung gegangen ist. Dadurch sind wir schließlich ans Ziel gekommen", resümierte Radlmeier.

Helmut Radlmeier, 2. Bürgermeister Bernhard Westermeier, Gemeinderat Franz Wippenbeck, 1. Bürgermeisterin Rosa-Maria Maurer, Marius Bierlein vom Staatlichen Bauamt Landshut und Robert Bayerstorfer, Bereichsleiter Straßenbau im Staatlichen Bauamt Landshut, freuen sich, dass im kommenden Jahr mit dem Bau des Radwegs von Blumberg nach Ruhmannsdorf begonnen wird.

Fragen, Anregungen oder Anliegen? Einfach melden bei:

Helmut Radlmeier

Freyung 618, 84028 Landshut
Telefon: 0871 96633572, Fax 96633576
buero@helmut-radlmeier.de
www.helmut-radlmeier.de

Manches lässt sich am besten im vertraulichen, persönlichen Gespräch klären.

November 30 Montag

Nutzen Sie dazu die nächste Telefonsprechstunde am Montag, 30.11.2020, 10 - 11 Uhr

Folgen Sie mir auf Facebook:
facebook.com/Radlmeier.Helmut

Alle Ausgaben** von „Neues aus dem Landtag" finden Sie auch im Internet unter **https://helmut-radlmeier.de/4_26_Newsletter-Archiv.html

V.i.S.d.P.: Helmut Radlmeier, MdL, Freyung 618, 84028 Landshut

„Wir stehen hinter der Polizei"

Radlmeier gegen Gewalt gegen Polizei

Helmut Radlmeier sprach mit Inspektionsleiter Helmut Eibensteiner (r.) und dessen Stellvertreter Rainer Kroschwald.

Landshut. Demonstrationen, Anfeindungen und Angriffe – die Polizei hat es aktuell nicht leicht. Helmut Radlmeier sprach bei seinem Besuch in der Landshuter Polizeiinspektion Inspektionsleiter Helmut Eibensteiner und dessen Stellvertreter Rainer Kroschwald ein klares Bekenntnis zur Polizei aus. „Nicht die Polizei, sondern die Gewalt gegen Polizisten ist das Problem", machte der Abgeordnete deutlich.

Leitender Polizeidirektor Eibensteiner und Polizeioberrat Kroschwald legten dar, dass die Corona-Pandemie für die tägliche Polizeiarbeit eine Herausforderung sei. Die Kollegen müssten einige Bürger immer wieder an die Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen erinnern. Dazu kämen Corona-Demonstrationen und feiernde Jugendliche, die sich Ausweichmöglichkeiten suchen würden, nachdem Discotheken nicht öffnen dürfen.

Hervorragende Sicherheitslage

Davon abgesehen hob Polizei-Chef Helmut Eibensteiner hervor, dass die Sicherheitslage in Landshut hervorragend sei, auch wenn das subjektive Sicherheitsgefühl einzelner Bürger manchmal ein anderes sei. So gab es 2019 bei den Straftaten – nach einem Rückgang in den drei vorherigen Jahren – nur einen ganz leichten Anstieg. Gleichzeitig stieg die Aufklärungsrate. „Auf die hohe Aufklärungsquote sind wir stolz. Denn das ist der Beweis für die gute Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen leisten", so Eibensteiner. Als eine Bereicherung haben sich die Fahrradstreifen erwiesen: „Die Fahrräder sind bei den Kollegen beliebt und haben sich in der Arbeit bewährt. Wir erreichen damit auch Örtlichkeiten, an die wir früher nicht hinkamen". Damit könne man nun an abgelegenen Plätzen kontrollieren.

Gewalt gegen Polizisten

Während man das allgemeine Geschehen sehr gut im Griff habe, nehme man an anderer Stelle leider einen negativen Spitzenplatz ein: Bei Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte steht Landshut bei den Städten Niederbayerns an oberster Stelle. Ob es dafür einen einzelnen Grund oder mehrere Faktoren gibt, wisse man noch nicht. Die Zahlen analysiere man deshalb ganz genau. „Das Wichtigste für uns ist, dass alle Kolleginnen und Kollegen wieder gesund nach Hause kommen", betonten Eibensteiner und Kroschwald.

Daher muss man der Polizei den Rücken stärken – und ihr nicht auch noch verbal in denselben fallen", unterstrich Radlmeier. Der Freistaat stehe zu seinen Einsatzkräften. Auch lokal wolle man ein Zeichen setzen. Deshalb habe die CSU/LM/JL/BFL-Fraktion im Stadtrat eine Unterstützungsaktion für Polizei und Rettungskräfte gefordert.

„Aufgaben anpacken"

Bürgermeister Deifel und Abgeordneter Radlmeier im Gespräch

Weihmichl. Antritt mitten in Corona-Zeiten: Neue Bürgermeister hatten und haben es derzeit nicht leicht. Weihmichls neuer 1. Bürgermeister Hans-Peter Deifel profitierte allerdings von seiner Erfahrung als stellvertretender Bürgermeister. „Zusammen mit dem Rathaus-Team konnte ich sofort loslegen", schilderte Deifel dem Landtagsabgeordneten Helmut Radlmeier bei dessen Besuch im Rathaus. Das sei auch notwendig gewesen, schließlich gebe es einiges anzupacken.

Ein Projekt auf Deifels Liste: ein neuer Kindergarten in Unterneuhausen. „Wir müssen einen zusätzlichen Kindergarten bauen. Der bestehende ist voll, dort bringen wir keine zusätzlichen Plätze mehr unter", erläuterte Deifel. Weil die Kapazitäten schon zum neuen Kindergartenjahr gebraucht werden würden, habe man sich für eine Interimslösung entschieden: Am Hartplatz wird die Lösung verwirklicht. Der Standort biete sich an, weil Strom, Kanal und eine ebene Fläche bereits vorhanden seien. Das gute dabei: „Der Hartplatz selbst kann weiterhin, wenn auch mit Einschränkungen, sportlich genutzt werden", so Deifel.

Förderungen genutzt

Sportlich war auch das Stichwort für ein weiteres Projekt der Gemeinde: Die Sanierung der Turnhalle. „Damit werden wir dieses Jahr fertig. Für insgesamt rund 1 Million Euro haben wir die Turnhalle, sowie die sich anschließende Pausenhalle, umfassend saniert und fit gemacht. Dafür gab es auch jeweils Förderungen vom Freistaat", legte Deifel dar. Initialzündung für die Sanierungen war seinerzeit ein Hinweis Radlmeiers auf ein spezielles Förderprogramm des Freistaats. Dieses „Kommunalinvestitionsprogramm Schulinfrastruktur", kurz KIP-S, habe man ebenfalls genutzt, fügte der Bürgermeister an. „Mit diesen Mitteln wurde die Pausenhalle neu gestaltet", so Deifel.

Weitere Mittel von Bund und Freistaat flossen im Rahmen des Digitalpakts an die Schule: Ausgestattet mit einem Sonderbudget in

Die Gemeinde Weihmichl packt etliche Aufgaben an, wie 1. Bürgermeister Hans-Peter Deifel (l.) dem Landtagsabgeordneten Helmut Radlmeier schilderte.

Höhe von rund 4.000 Euro konnte die Gemeinde Leihgeräte für die Schülerinnen und Schüler anschaffen. So war und wird der Unterricht auch in Corona-Zeiten gesichert und die Klassen startklar fürs digitale Zeitalter gemacht.

Pflegeangebote ausbauen

Neben den Jüngsten ging es im Gespräch auch um die Ältesten: Von Radlmeier angesprochen auf den Bereich Pflege, meinte Deifel, dass er sich gut eine Tagespflege im Gemeindebereich vorstellen könnte. Die Nachfrage danach werde immer größer, waren sich der Bürgermeister und der Landtagsabgeordnete einig.

Gymnasium Ergolding

„Wir unterrichten Menschen und keine Fächer", betonte der neue Schulleiter des Gymnasiums Ergolding, Dr. Ewald Bichler, im Gespräch mit Helmut Radlmeier. Bichler schilderte die Schwerpunkte der Schule – und erklärte, warum man vergleichsweise gut und schnell auf den „Corona-Betrieb" umstellen konnte.

Schlossklinik Rottenburg

Die Vertreter der Schlossklinik baten Helmut Radlmeier, dass er sich beim Bund dafür einsetzt, dass die Kosten von Corona-Tests auch an Rehakliniken übernommen werden. Nach mehreren Gesprächen konnte das Problem geklärt werden, sodass die Kosten nun übernommen werden

Aufbruch Niederbayern

Unter dem Motto „Aufbruch Niederbayern" besprachen die niederbayerischen Landräte und Landtagsabgeordneten zentrale Themen wie Verkehr, Naturschutz und Medizinerausbildung

Gesundheit und Pflege

Die Gesundheitspolitiker der CSU befassten sich in ihrer Herbstklausur vor allem mit dem Aufbau psychiatrischer Krisendienste in den einzelnen Regierungsbezirken.

Ehrungen

Sechs Landkreisbürger wurden im Beisein von Staatsminister Bernd Sibler für ihren ehrenamtlichen Einsatz geehrt. Foto: Landratsamt

Staatsanwaltschaft

Justizminister Georg Eisenreich, EVP-Vorsitzender Manfred Weber und Helmut Radlmeier informierten sich bei der Staatsanwaltschaft Landshut über den Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Foto: StMJ

Förderung verlängert

Der Freistaat verlängert die vorübergehende Förderung von Verstärkerbussen im Schülerverkehr. Dafür stellt er weitere 15 Millionen Euro bis zum Beginn der Weihnachtsferien am 23. Dezember 2020 zur Verfügung.

Mit den Verstärkerbussen können Kommunen das Platzangebot im Schülerverkehr erhöhen und Schülerinnen und Schüler vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus schützen. Das ist vor allem jetzt in der kalten Jahreszeit sinnvoll, wo weniger Menschen Radfahren und die Fahrgastzahlen im ÖPNV steigen. Die Kosten dafür übernimmt der Freistaat zu 100 Prozent.

Die Richtlinie für das gemeinsame Förderprogramm der Staatsministerien für Wohnen, Bau und Verkehr sowie Unterricht und Kultus ist am 2. September 2020 in Kraft getreten. Bis zu den Herbstferien hatte der Freistaat zunächst 15 Millionen Euro für Verstärkerfahrten im Schülerverkehr bereitgestellt.

Das Förderprogramm ist gut angelaufen. Nach Angaben der Verkehrsverbünde und einzelner ÖPNV-Aufgabenträger haben die Kommunen bislang rund 350 Verstärkerbusse bestellt. Laut Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen e.V. (LBO) stehen weitere 300 Busse für Verstärkerleistungen zur Verfügung, die bei Bedarf aktiviert werden können.

Ausbau Kinderbetreuung

Der Bund stellt Bayern für dieses und für das kommende Jahr zusätzlich insgesamt 160 Mio. Euro für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen im vorschulischen Bereich sowie für die Finanzierung von Hygienemaßnahmen zur Verfügung.

Die Vorgaben des Bundes sind dabei sehr eng, insbesondere müssen die Investitionsmaßnahmen im Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2021 begonnen werden. Der Freistaat Bayern wird diese Mittel in voller Höhe an die Kommunen weiterreichen. Dafür wird das bekannte 4. Sonderinvestitionsprogramm (4. SIP) Kinderbetreuung mit einem Finanzvolumen von bis zu 140 Mio. Euro brutto verlängert. Die Antragsfrist läuft bis zum 30. Juni 2021. Das entspricht auch der Frist aus dem Bundesprogramm. Die Baumaßnahmen müssen bis spätestens 31. Juni 2023 abgeschlossen sein. Damit haben die Kommunen ein Jahr länger Zeit als im Bundesprogramm vorgesehen.

So können bis zu 10.000 zusätzliche neue Plätze geschaffen werden. Die Regierungen werden auf Antrag Unbedenklichkeitsbescheinigungen erteilen, damit die Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden können. 10 Mio. Euro werden zur Deckung von Kostensteigerungen beim 4. SIP verwendet. Die verbleibenden 10 Millionen Euro werden für Hygienemaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen bereitgestellt. Darunter fallen z. B. die Anschaffung mobiler Trennwände bzw. Plexiglasständer sowie Desinfektionsspender und kontaktloser Fieberthermometer. Jeder Einrichtung stehen so im Schnitt rund 1.000 Euro zur Verfügung.

Unter der Rubrik „Radlmeiers Nachschlag" gibt Helmut Radlmeier seine ganz persönliche Sicht zu einem aktuellen Thema wieder.

Radlmeiers Nachschlag: Deutsche Einheit?

Der 3. Oktober. Tag der Deutschen Einheit. Unser Nationalfeiertag. Eigentlich – denn niemand feiert ihn wirklich, oder? Wir Deutschen – so mein Gefühl – haben keinen wirklichen Bezug zu unserem Nationalfeiertag. Das ist in anderen Ländern ganz anders. Blicken wir nach Frankreich oder in die USA: Dort sind der 14. bzw. der 4. Juli wahre Festtage. Feuerwerk, Pauken und Paraden inklusive. Echte „Volksfeste", bei denen die ganze Nation feiert. Tage, die verbinden.
Doch warum nicht auch bei uns in Deutschland? Liegt es am Datum, zu dem wir keinen Bezug aufbauen können? Der 3. Oktober 1990 ist der Tag, an dem die DDR in einem Verwaltungsakt der BRD beitrat. Für Verwaltungsjuristen mag dies ja eventuell im Detail interessant sein. Uns, der breiten Masse, fehlen dazu aber die Emotionen, die Bilder, die Geschichten dahinter. Hier würde der 9. November, der Fall der Berliner Mauer, weitaus besser passen. Doch der 9. November ist historisch belastet, als Feiertag taugt das Datum deshalb nicht.
Unabhängig vom Datum: Feierstimmung kam am Tag der Deutschen Einheit nie auf. Eigentlich sollte man die Einheit der Nation feiern. Tatsächlich wird alles, was uns angeblich trennt, Jahr für Jahr wieder aufgewärmt. In den Medien, im Sprachgebrauch oder in den amtlichen Statistiken: Noch immer unterscheidet man zwischen Ost und West. Trennung statt Einigkeit also. Die eine Seite blickt herab auf die andere, klagt über die Gelder, die angeblich ohne Nutzen versickert sind. Die andere Seite fühlt sich benachteiligt, es gibt sogar Stimmen, dass in der DDR ja im Nachhinein doch gar nicht alles schlecht war.
Das ist die Wunde. Der Tag der Deutschen Einheit ist der Finger, der sich jährlich in sie bohrt. Die Trennung erscheint mir dabei oft selbst gemacht. Das muss sich ändern. Durch neue Initiativen, durch aufeinander zugehen, durch einen genaueren Blick auf den jeweils Anderen.
Wie ist Ihre Meinung dazu?
Schreiben Sie mir:
helmut.radlmeier@csu-landtag.de

Foto: ;Pixabay